

insel gibt er in der
te, ein buntbewegtes
berschwaben zur Zeit
der Lese eine Pa-
tänden ziehen. Die
des dreißigjährigen
gezeichnet ein Ein-
in einem alten Holz-
er", der dritten Ge-
er", Komödien-Kom-
der Darstellung bei-
züglich ist der kultu-
er Schluszerzählung
ft, begegnet uns der
g mit dieser etwas
sch sehr wertvollen
stes Pastellgemälde,
Verfassers gespannt
igen Arbeiten setzen
R.

Seitmann, Calw.
Buchdruckerei, Calw.



Mr. 167. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wochentl. Anzeigepreis: Die kleinstmögliche Seite 60 Btg. Restbetrag 2.— M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.— (perspr. 9.) Mittwoch, den 21. Juli 1920. Bezugspreis: In der Stadt mit Anzeigerlohn M. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Postgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Deutschland und Frankreich.

Am 19. Juli war gerade ein halbes Jahrhundert ver-
flossen, seitdem in Berlin die französische Kriegserklärung von
1870 überreicht wurde. Vor wenigen Tagen hatte schon der
Tod der Kaiserin Eugenie, der letzten Ueberlebenden der ver-
antwortlichen Persönlichkeiten, die Erinnerung an jene Zeit
wieder geweckt. So schwer die Aufgaben der Gegenwart auf
uns liegen, ist es nicht unnütz, einen Blick in jene Vergangen-
heit zurückzuwerfen. Sie erklären uns Deutschen als eine Zeit
von außerordentlicher geschichtlicher Größe. Sie war es auch.
Aber vor den ungeheuren Katastrophen des Weltkriegs
mag sie nur noch wie eine vorbereitende Episode berühren.
Die inneren Zusammenhänge zwischen den beiden Ereignissen
liegen klar zutage. In der Person Clemenceaus, des
letzten Protestlers gegen den Frieden von Frankfurt und des
einflussreichsten Mitgliedes der Friedenskommission von 1919,
finden sie eine lebendige Fortsetzung. Aus dem deutsch-
französischen Konflikt war die deutsche Einheit hervorgegan-
gen. In dem gleichen Spiegelsaal von Versailles, in
dem die Gründung des Reichs ausgerufen worden war, wurden
die Deutschen gezwungen, einen Vertrag zu unterzeichnen, der
die Grundlagen unserer Einheit, unserer Existenz als Volk
sogar unterwühlte. Die Franzosen wenigstens wollten
das. Der Engländer Keynes hat bestätigt, daß Clemenceau
nichts anderes im Auge hatte, als Deutschland um alle Er-
wünschenswerten der letzten fünfzig Jahre zu bringen, es so-
zu sagen auf den Stand von 1870 zurückzuführen. Auch die
Kaiserin Eugenie hat (wie jetzt bekannt wird) in die
Verhandlungen vom vorigen Jahre eingegriffen, um die alten
Vorgänge für den neuen Friedensschluß wirksam zu machen.
Sie sandte den Brief, den König Wilhelm nach Sedan
an sie geschrieben hatte, an die Konferenz. In dem Brief
hatte der König zugegeben, daß Elsaß und Lothringen zwar
französische Provinzen seien, doch seien sie auch notwendig, um
Deutschland vor einem Angriffskrieg Frankreichs zu schützen.
Dieser Brief und diese Beweisgründe für die Annexion an
Deutschland sollen besonders auf Wilson starken Eindruck
gemacht haben.

Der Weltkrieg hat weit verzweigte Ursachen. Er entzün-
dete sich an dem Gegensatz zwischen dem russischen Imperia-
lismus und der Monarchie der Habsburger. Aber im
Grunde war er nur möglich, weil Deutschland und Frankreich
seit 50 Jahren in Unversöhnlichkeit dahinschliefen. Das war die
Grundlage, auf der alle europäischen, zuletzt auch alle welt-
politischen Probleme mit einem Fuße standen. Hätte ein
milderer Friede von Frankfurt diese Konstellation ändern
können? Die Frage ist nicht sicher zu beantworten, wie alle
historischen Hypothesen. Aber wenn man sieht, welche Trieb-
kräfte heute in der französischen Politik wirksam sind und sie
mit jenen vergleicht, welche zum Kriege von 1870 geführt
haben, dann möchte man zu dem Glauben neigen, daß ein
deutscher Verzicht auf Elsaß Lothringen die Dinge nicht in
ihren Grundtendenzen verschoben hätte. Freilich, Elsaß-
Lothringen war die offene Wunde, die die Erinnerung
wach erhielt, die nach Heilung schrie und damit die deutsch-
französischen Gegensätze unendlich verschärfte. Aber die Fran-
zosen von heute begnügen sich durchaus nicht damit, das so-
genannte Unrecht von 1871 wieder gut zu machen. Sie greifen
auf die Bestrebungen zurück, die Napoleon III. in den
Krieg mit Preußen hineintrrieben, auf den Kampf gegen die
deutsche Einheit und die deutsche Erstarkung. Noch letzte
Woche in Spa haben wir erlebt, daß unter den Verbündeten
Frankreich allein an einer Politik der Unversöhnlichkeit fest-
hält. Denn auch da ist wieder klar geworden, daß nur die
Franzosen den Gedanken der militärischen Intervention in
Deutschland vertreten und am wenigsten Rücksicht nehmen auf
unsere zwingenden Lebensnotwendigkeiten.

Die Tragik der Geschichte wollte es, daß Napoleon sich
in den letzten Jahren seiner Herrschaft zu einer Politik drängen
ließ, die seinen eigenen Gedanken widersprach. Im September
1866, also nach den Umgestaltungen in Deutschland, ließ er
in einer Zirkulardepesche an die französischen diplomatischen
Vertreter schreiben:

Das neue Prinzip, welches Europa regiert, ist die Frei-
heit der Bündnisse. Alle Großmächte haben sich die Fülle
ihrer Unabhängigkeit, die regelmäßige Entwicklung ihrer
Geschichte wiedergegeben. Das vergrößerte Preußen fortan
frei von jeder Solidarität, sichert die Unabhängigkeit Deutsch-
lands. Frankreich darf daran keinen Anstoß nehmen. Stolz
auf seine bewundernswerte Einheit, seine unverwundbare
Nationalität, kann es nicht das Werk der Assimilation, das
sich eben vollzieht, bekämpfen oder bedauern und die Prin-

zipien der Nationalität, welche es repräsentiert und den
Völkern gegenüber bekennt, eifersüchtigen Gefühlen unter-
ordnen. Wenn das nationale Gefühl Deutschlands bedrückt
ist, wird seine Unruhe sich zerkümmern, seine Feindseligkeit er-
löschen. Indem es Frankreich nachahmt, tut es einen Schritt,
der uns näher bringt und nicht von uns entfernt.

Im folgenden Jahre werden in den Reden des Kaisers
noch ähnliche Gedanken ausgesprochen. Allerdings ganz un-
eigennützig wollte Napoleon nicht zuschauen, er wollte Kom-
pensationen. Aber das Entscheidende bleibt, daß er durch die
Opposition von seiner Politik abgedrängt wurde. Thiers
namentlich betrieb die „Rache für Sadowa“, stellte immer
wieder die Bekämpfung der deutschen Einheit als das einzig
mögliche Ziel der französischen Diplomatie hin. „Es darf auch
nicht ein einziger Fehler mehr gemacht werden.“ sagte er am
14. März 1867 im Corps Legislatif. Am Ende des gleichen
Jahres mußte Olivier die Opposition noch in aller Ausführ-
lichkeit auf das Gefährliche ihrer Bestrebungen hinweisen.
Im Juli 1870, als die Entscheidung herannahte, hat nun
derselbe Olivier den Krieg befürwortet und Thiers hat
ihn bekämpft. Die außenpolitische Auswirkung der inner-
politischen Opposition war da. Thiers war freilich nur gegen
den Krieg, weil er die gesamte Lage Europas für ungünstig
hielt, weil Frankreich ohne Bündnisse hineinging. Auch ihm
blieb die Sühne seiner tragischen Schuld nicht erspart. Er
mußte den Frieden unterzeichnen, der Frankreichs Niederlage
und den Triumph der deutschen Einheitsbewegung besiegelte.

Die Nervosität, in welche Napoleon und seine Regierung
durch die innere Opposition veretzt wurden, die Sorge um die
Erhaltung seiner Herrschaft war einer der Faktoren, die zu
äußerer Verwildung trieben. Haben die Franzosen aus jenen
Vorgängen etwas gelernt? Wir sehen leider, daß sie heute
fast genau so handeln. Lloyd George hat gestern zu
Journalisten den Gedanken geäußert, daß Millerand bei
seiner Rückkehr von Spa nicht gut empfangen, womöglich
geißelt werde, weil er zuviel Zugeständnisse gemacht habe. Der
englische Premier hat damit jedenfalls den wunden Punkt
berührt, an dem die offizielle französische Politik frant, den
von den chauvinistischen Volksteilen und ihren Führern aus-
gehenden Druck. Auch Wilson hat im Frühjahr schon den
französischen Militarismus als die neue Gefahr bezeich-
net. Das ist in der Tat das Wesentliche an der politischen
Weltlage. Keiner unserer Gegner hat uns, was seine Inter-
essen betrifft, glimpflich behandelt. Aber England und Italien
begnügen sich mit dem, was der Vertrag ihnen gab, sind be-
reit, die Ausführung zu mildern. Frankreich besteht nicht
nur auf dem Buchstaben, es strebt fortwährend darüber hinaus.
Wir können in Deutschland nicht ruhig werden, weil wir in
Paris politische Grundgedanken an Werke sehen, die unsere
nationalen Einheit an die Wurzel wollen. Es wird notwendig
sein, daß in Frankreich selbst eine klare Aussprache darüber
stattfindet und daß dabei die Regierung es endlich wage, laut
und deutlich jeden Hintergedanken von sich zu weisen. Dann
erst kann in Deutschland jenes Vertrauen in die französische
Politik und jenes Selbstvertrauen entstehen, die nötig sind,
Frankreich in seinen billigen Ansprüchen zu befriedigen und
die Atmosphäre für den Wiederaufbau Europas zu schaffen.
Die Republik möge zu den Grundfragen zurückkehren, die
Napoleon III. der Opposition vergeblich gepredigt hat, und
die in der Tat eine ruhige Entwicklung der deutschen Frage
verbürgen könnten. Heute wie damals stehen im letzten
Grunde wieder die Lebensprobleme der beiden Völker auf der
Tagesordnung, das Recht auf Existenz und freie Entwicklung.
Frankreich will uns dieses Recht nicht zugestehen. Auch in
diesem Punkte ist der Vergleich mit 1870/71 lehrreich. Gewiß,
der Frankfurter Friede war auch aufgezwungen. Aber man
lese die Reden, mit denen Thiers in Bordeaux die Prälimi-
narien verhandelte, und man lese die Verhandlungen der
Nationalversammlung in Weimar vom Juni 1919. Hier unter-
scheidet ein ausgehungertes Volk, von der Vernichtung bedroht,
von seinem Freunde beschützt. Dort will man dem Kriege ein
Ende machen, obwohl Bismarck von englischen und russischen
Interventionen zugunsten Frankreichs beengt ist. Die Zwangs-
lage war längst nicht die gleiche. Vor allem aber handelte es
sich um einen in Verhandlungen festgesetzten und in Verhand-
lungen abgeänderten Frieden, der Frankreich die volle Freiheit
seiner Entwicklung ließ. Und darüber hinaus hat die deutsche
Politik vierzig Jahre lang diese Entwicklung begünstigt. Auf
dem Boden des Friedens von Frankfurt ist Frankreich ein
mächtiges Weltreich geworden. Der Frieden von Versailles
aber ist in jeder Bestimmung eine Kette, an der ein großes
Volk dauernd gefesselt werden soll.

* Wir haben die vorstehenden Betrachtungen der „Frl.
Ztg.“ gegen unsere Gewohnheit, Leitartikler anderer Zeitun-
gen zu übernehmen, deshalb gerade heute aufgenommen, weil
sie unsere stets vertretene Auffassung wiedergeben, daß ein Zu-
sammenwirken Deutschlands und Frankreichs der Welt den
Frieden hätte erhalten können, und in Zukunft erhalten könnte.
Frankreich hat dieses Zusammenwirken von jeher abgelehnt und
nur den einzigen Gedanken verfolgt, den Zusammenbruch der
deutschen Stämme zu verhindern und als dies nicht mehr mög-
lich war, Bündnisse zu schließen, die eine Niederhaltung
Deutschlands auf ewige Zeiten ermöglichen sollten. So verband
man sich mit dem russischen Zarenismus, und ließ die englischen
Hegemonien gerne auf sich wirken. So hat man jetzt auch den
Größenwahnsinn der Polen begünstigt. Die deutsche Politik
aber, die seit 1870 auf Versöhnung hinausging, und dadurch
Frankreich die Erwerbung eines riesigen Kolonialreiches ermöglichte,
wurde verachtet. Gewiß hat es auch andere Mängel in
Frankreich gegeben, die einsahen, daß man nur den Handlanger
Englands und des Zarenismus spielte, auf literarischem und poli-
tischem Gebiete. Wir erinnern an Romain Rolland, Maurès
und Caillaux, sie wurden aber durch die Schreier
gemacht, und heute, wo sich Frankreich am Ziele seiner
Geschichte glaubt, haben solche Gedanken weniger als vor dem Kriege in
dem überhöhten Siegerhymn des französischen Volkes Raum, das
sehen wir deutlich an den Verhandlungen der französischen
Kammer über das Ergebnis in Spa, die nur von dem einen
Gesichtspunkt getragen sind, Deutschland restlos auszubenten, und
es für immer unter militärischer Gewalt zu halten. Dabei sieht
man nicht, daß diese Politik einen unauslöschlichen Haß im deut-
schen Volke züchten muß, der bei irgend welcher geeigneten oder
ungeeigneten Gelegenheit zum Ausbruch kommen kann. Und
solche Gelegenheiten über Nacht eintreten können, das zeigen
die Vorgänge in Rußland, im Orient und auf dem Balkan zur
Genüge. Aber die französische Politik will diese Möglichkeiten
nicht sehen, und sie wird einst die Konsequenzen ihrer wahn-
sinnigen Haßpolitik zu tragen haben.

Die französische Kammer über Spa.
Fortdauer der Haßpolitik.

(W.B.) Paris, 21. Juli. In der gestrigen Nachmittags-
sitzung der französischen Kammer ergriff Ministerpräsident
Millerand das Wort, um Mitteilungen zu machen über
die Art, wie die französische Regierung die französischen Inter-
essen in Spa vertreten habe. Aber nicht nur diese Interessen
habe die Regierung vertreten, sondern auch die Interessen der
Staaten, deren Wiedergeburt sie begünstigt habe und die neu
entstanden sind, nämlich Polen und die Tschecho-Slowakei.
Die Alliierten seien der Ansicht, daß die türkische Regie-
rung die Regierungen, die die Türken seit einem halben
Jahrhundert unterstützt hätten, verraten habe. In Anbetracht
der verabscheuungswürdigen Massakres sei es nicht mehr mög-
lich gewesen, unter der ottomanischen Herrschaft Millionen von
Menschen zu belassen. Der Friedensvertrag mit der Türkei
werde deshalb aufrecht erhalten. (Das ist natürlich Heuchelei.)
Was Syrien anbetreffe, so habe die englische Regierung
in vollkommener Loyalität erklärt, daß es Frankreich allein
zufalle, das Mandat über Syrien auszuarbeiten. Miller-
rand besprach sodann die Polenfrage und erklärte, die Konfe-
renz von Spa habe sich bemüht, die Tschechen und die Däniger
Frage zu regeln.

Um zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutsch-
land zu gelangen, ist die erste Bedingung, daß Deutschland auf
alle kriegerischen Anwandlungen verzichtet. Deshalb ist auch
die Frage der Entwaffnung Deutschlands in Spa an
erster Stelle verhandelt worden. Der Ministerpräsident er-
örterte sodann die Strafbestimmungen, die in dem Abkommen
enthalten sind, also die Besetzung des Ruhrgebietes.
Er erklärte im einzelnen, wie die von Deutschland zu erwar-
tende Entschädigungssumme unter die Alliierten verteilt wer-
den könne. Die Alliierten hätten erklärt, daß es im allge-
meinen Interesse liege, den Gesamtbeitrag der zu Lasten
Deutschlands gehenden Entschädigungssumme festzusetzen und
von ihm Jahreszahlungen zu verlangen. Deutschland
solle die Möglichkeit gegeben werden, sich von seiner Schuld
zu befreien, indem man Anleihen antizipiere, die berechnet
seien, sowohl für die Tilgung seiner Schuld als für seine wirt-
schaftliche Wiedererholung. Nachdem Millerand sodann das
Protokoll, das in bezug auf die Kohlenlieferung unterzeichnet
wurde, verlesen hatte, sagte er: Deutschland hat im
Januar 497 000 To. Kohlen geliefert, im Februar 604 000 To.,

im März 583 000 To., im April 660 000 To., im Mai 942 000 und im Juni 855 000 To. Nach den neuen Veröffentlichungen haben wir ein Anrecht auf 1 1/2 Millionen Tonnen im Monat. Von Polen können wir erwarten 150 000 To. Kohlen und Teer. Das Frankreich der alten Grenze könne allein mit dem, was wir von Amerika, England und Belgien erhielten, auf 4 200 000 To. monatlich rechnen, also auf 80 Prozent seines normalen Bedarfs. Millerand sagte dann, er könne die Kritik, die geübt wurde, verstehen. Niemand sei mehr als er überzeugt, daß diejenigen, die die Friedensverhandlungen geführt hatten, mit weniger Anstrengung Zwangsmassnahmen in den Vertrag hätten einbeziehen können, bevor er unterzeichnet worden sei. Er habe durch seine Beharrlichkeit erzielt, daß die Alliierten sich verpflichtet hätten, das Ruhrgebiet zu besetzen, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt seien. Er habe gehandelt in vollem Einverständnis mit dem Parlament und mit der öffentlichen Meinung. Man müsse jetzt auf diesem Wege fortfahren und in diesem Geiste müsse man schließlich Frankreich die Wiedergutmachungen sichern, die versprochen seien und diese Verpflichtungen in Realitäten umwandeln. (Starker Beifall, Widerspruch links.)

André Tardieu verlangte das Wort und erklärte, er sei mit mehreren seiner Freunde der Ansicht, daß man in Spa mit der Revision des Friedensvertrages begonnen habe, während der Ministerpräsident angekündigt hatte, er wolle dessen Ausführung sicherstellen. Nach seinem Urteil sind die beiden Protokolle über die Entwaffnung und über die Kohlenfrage für Deutschland vorteilhaft im Vergleich zum Urtext des Vertrags. Man hätte von Deutschland die lückenlose Ausführung verlangen müssen. Die Kohlenlieferungen seien auf 43 Proz. herabgesetzt worden. Es habe eine Kontrollkommission in Berlin gegeben. Sie sei niemals durch gemeinsame Handlungen der verbündeten Regierungen unterstützt worden. Tardieu bedauerte, daß man den Deutschen in der Frage der Kriegsschuld nachgegeben habe und daß man sogar Verhandlungen über den Betrag der Entschädigungssumme führen wolle. Der Vertrag sehe vor, daß die Deutschen in die Beratungen der Alliierten nicht eingreifen hätten. Eine Revision des Vertrages sei erwünscht, wenn sie für Frankreich vorteilhaft sei. Tardieu verliest sodann Statistiken, um festzustellen, daß die industrielle Produktion Deutschlands durch den Krieg fast gar nicht gestiegen habe. Die Behauptung, die wirtschaftliche Produktion Deutschlands sei die Grundlage der Prosperität der Welt, sei ein Sophismus, wenn man auch die Prosperität Frankreichs verlange. (Maurice Barres ruft dazwischen: Zuerst!) In der Kammer müsse festgestellt werden, daß Deutschland zahlen könne. Tardieu bedauert schließlich, daß man Hugo Stinnes, der die Plünderungen in Nordfrankreich und Belgien organisiert habe, in Spa habe zu Wort kommen lassen. Loucheur habe sich geweigert, mit Baron v. d. Lancken zu sprechen. Der Ministerpräsident habe getan, was er pflichtgemäß in Spa glauben konnte, und er (Tardieu) habe seine Pflicht getan, indem er seine Stimme gegen die Revision des Friedensvertrages erhoben habe. Die Kammer müsse ihre Pflicht erfüllen. — Die Sozialdemokraten brachten sofort eine Interpellation ein, die Millerand verlas.

Der Sozialist (1) Blum erklärte ebenso wie Tardieu, daß man in Spa den Friedensvertrag revidiert habe. Man hätte von Deutschland 20 Millionen Tonnen verlangen sollen als Ersatz für die Kohlen, die die zerstörten Gruben nicht liefern könnten. Jetzt müsse Frankreich für die Tonne statt 90 Fr. 180 Franken bezahlen. Das sei ein schlechtes Mittel, Deutschland zu helfen. Die Zustimmung Englands habe man zu teuer erkaufte. — Ministerpräsident Millerand antwortete und sagte, er habe niemals die Urheber des Vertrages getadelt, weder Tardieu noch den großen Franzosen, der, nachdem er das Land gerettet habe, auch den Defaitismus aufs Haupt geschlagen und mit jugendlichem Eifer die Last schwerer Verhandlungen getragen hätte. (Starker Beifall. Abg. Baron ruft: Das ist eine Grabrede.) Millerand fuhr fort, er werfe den Verfassern des Vertrages nicht vor, ihren Nachfolgern ein diplomatisches Instrument hinterlassen zu haben, in dem alles festgelegt, aber in dem nichts geregelt sei, ein Vertrag, den man nicht revidieren dürfe, aber interpretieren müsse, um aus ihm die Realität zu machen. Frankreich verlange nur die Wiedergutmachung zu arbeiten. Deshalb habe man geglaubt, man müsse vor allem die Kohlenlieferungen sichern. Wenn es einen Menschen gebe, der den heißen Wunsch hätte, daß die Okkupation des Ruhrgebietes niemals notwendig werden müsse, sei er es (Heuchelei). Er arbeite auch daran, aus dem Vertrag ein wirkliches Instrument zu machen. Die von ihm in Spa erzielten Ergebnisse seien hinter seinen Hoffnungen zurückgeblieben. Aber er möchte wissen, wie man zu einem besseren Ergebnisse hätte kommen sollen. Wenn die Verfasser des Friedensvertrages bessere Methoden wüßten, dann sei er bereit, ihnen seine Stelle abzutreten. In dem Kampfe, den man tatsächlich führen müsse, verlange er das Vertrauen des Parlaments. Loucheur erklärte, er sei sehr beunruhigt von der Wendung, die die Verhandlungen in Spa genommen hätten. Er sehe darin einen Vorwand, der zu einer Finanzkrise führen könne.

Französische Besürchtungen.

Paris, 20. Juli. Der Abgeordnete Behroug hat an Ministerpräsident Millerand einen Brief gerichtet, worin er erklärt, nach seiner Ansicht werde nach dem Kohlenabkommen von Spa Frankreich für die Tonne Kohle wenigstens 225 Franken bezahlen, Deutschland jedoch nur 80, England gar nur 75 Franken. England werde also den ganzen Weltmarkt an sich reißen können. Deutschland werde sich viel leichter und rascher erheben können als Frankreich. Der Abgeordnete forderte den Ministerpräsidenten auf, eine Besprechung darüber bei Beratung des Gesetzes über die Ausgleichung der Kohlenpreise anzunehmen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amtliches.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen in Westenschwann (Gemeinde Altbürg) und in der Stadt Calw. Nähere Vorschriften folgen noch. Oberamtmann: Calw, den 21. Juli 1920. G. S.

Der deutsche Außenminister über Spa.

(RTA.) Berlin, 21. Juli. Vor Vertretern der deutschen Presse wies heute Reichsminister Simons die Meldungen über Rücktrittsabsichten einzelner Minister zurück. Gewiß waren die Minister nicht immer einer Meinung, was aber einmal beschlossen war, das wurde in Spa vor den Gegnern einmütig vertreten und wird in der Heimat mit aller Kraft durchgeführt.

Bezüglich des Gesamtergebnisses der Verhandlungen liegt kein Grund vor, von Erfolgen zu sprechen. Tatsächlich ist nur festgestellt, daß wir die ungeheuren Lasten des Friedensvertrags auf uns zu nehmen haben. Was erreicht wurde, ist lediglich, daß wenigstens gewisse unmittelbar bevorstehende Folgen der Nichterfüllung der Bestimmungen des Vertrages abgewehrt werden konnten. Die Franzosen haben das Besetzungsrecht in Frankfurt a. M. ohne Zustimmung der Alliierten ausgeübt. Seit der Konferenz von San Remo haben sie unaufrichtig auf die Alliierten eingewirkt, und es ist ihnen unteufelbar gelungen, ihnen näher zu rücken, so daß, wie Graf Sforza bei aller Freundlichkeit und Loyalität zu erkennen gab, selbst auch England und Italien für den Fall der Nichterfüllung die Besetzung deutschen Gebietes als eine geeignete und in Aussicht zu nehmende Maßnahme betrachten. Das Kabinett, bezw. die Delegation war nicht von vornherein gewillt, sich dem Nachwort der Entente zu unterwerfen. Es mußte erwogen werden, ob die von der Entente diesmal gestellten Forderungen wirklich unerfüllbar waren, so daß man den Einmarsch einfach auf sich hätte nehmen müssen. Die Minister wurden sich aber klar darüber, daß sowohl die Erzeugung als die Verteilung der Kohle noch verbesserungsfähig sind und infolgedessen konnten sie die französischen Forderungen nicht einfach ablehnen.

In der militärischen Frage befanden wir uns einer ganz verfahrenen Lage gegenüber. Wir müssen mit aller Energie darauf hinwirken, in Verbindung mit den alliierten Regierungen die Durchführung der übernommenen Verpflichtungen herbeizuführen. Der Minister gibt zu erkennen, daß er einen Plan habe, mit Hilfe von Ententeoffizieren die Zivilbevölkerung nach dem Muster gewisser englischer Kolonien zu Polizeizwecken heranzuziehen. Da das Reichskabinett mit der Frage noch nicht befaßt sei, wolle er vorläufig darauf nicht näher eingehen.

Auch in der wirtschaftlichen Frage war die Lage vollständig klar und ungünstig für Deutschland. Wir hatten 2 400 000 To. zu liefern. Es ist uns gelungen, die Ziffer auf 2 Millionen To. herabzusetzen. Außerdem ist es gelungen, zu erreichen, daß nicht einfache Aufrechnung der Kohlenlieferung zur Wiedergutmachung erfolgt, sondern eine Barprämie von 5 Goldmark pro Tonne geleistet wird und auch für die über See beförderte Kohle wichtige Zugeständnisse gemacht wurden, die es ermöglichen, die Lebenshaltung der Bergarbeiter aufzubessern und dadurch eine Mehrförderung zu sichern. Voraussetzung für die deutsche Annahme der Kohlenbedingungen war eine Besserung der Kohlenlieferungen aus Oberschlesien, über die bisher General Verond zu unserm Nachteil verfügt hat. Wenn auch die Konferenz in dieser Hinsicht keine ausbreitlichen Verpflichtungen übernahm, so wurde doch zugesagt, daß die deutsche Forderung von 1 1/2 Millionen To. aus Oberschlesien alle Berücksichtigung finden und eine interalliierte Kommission mit entsprechenden Weisungen versehen werden soll.

Die Frage wegen der behaupteten Verbrechen gegen die Kriegsgebräuche war ebenfalls schwierig. Die Entente konnte zuerst nicht verstehen, warum wir in dieser Hinsicht so wenig getan haben. Es wurde auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die das Gerichtsverfahren schafft, insbesondere auch darauf, daß wir das ganze Beweismaterial von der Entente beibringen müßten, da von deutscher Seite dazu sehr wenig getan werden könne.

Endlich die Frage der Wiedergutmachung. Die neue Regierung war bei der Kürze der Zeit außerstande, einen genauen Plan zu dieser Frage vorzulegen. An der etwa in vier bis fünf Wochen in Genf stattfindenden Konferenz werden hauptsächlich technische Delegierte teilnehmen. Jedenfalls können wir nur weiterkommen, wenn wir als Grundlage unserer Vorschläge die möglichst genaue Durchführung des Friedensvertrages annehmen. Gewiß wird sich dabei herausstellen, daß verschiedene Bestimmungen des Vertrags einfach undurchführbar sind. Man darf aber nicht immer das in den Vordergrund stellen, wenn man überhaupt das Mißtrauen unserer Gegner überwinden soll. Hierzu erkläre ich ausdrücklich, daß die ehrliche Durchführung des Friedensvertrags mein Programm ist.

Der bolschewistisch-polnische Krieg.

Die Sowjetregierung gegen die englische Friedensvermittlung.

Amsterdam, 20. Juli. Die „Times“ melden über die Antwort der Sowjetregierung auf die Vorschläge Lloyd Georges, daß die bolschewistische Regierung sich weigere, an der Konferenz in London teilzunehmen, weil England nicht unparteiisch sei. Ferner habe sie Bedenken gegen die Zulassung von Delegierten der Disfessstaaten zu der Konferenz, da Sowjetrußland mit diesen Staaten bereits Frieden geschlossen habe. Weiter sagt die russische Regierung, der vorzuschlagene Waffenstillstand sei nicht gün-

stig für Polen, das durch direkte Verhandlungen mit der Räte-regierung eine viel günstigere Grenzregelung würde erhalten können. Moskau weigere sich auch, einige Bedingungen betreffend die Streitkräfte des Generals Wrangel und die Flüchtlinge in Südrußland anzunehmen, und verlange eine bedingungslose Kapitulation Wrangels. Der Ton der Antwort sei faktisch und offenbar darauf berechnet, Uneinigkeit zwischen den Alliierten und Polen hervorzurufen.

London, 20. Juli. Amtlich wird gemeldet, daß seit dem Waffenstillstand bis zum 31. März 1920 die Kosten Englands für die militärischen Operationen zu Wasser und zu Lande in Rußland rund 56 Millionen Pfund Sterling betragen. Davon entfallen auf die militärischen Operationen rund 31 Millionen Pfund, der Rest auf die Hilfsaktion zugunsten der Russen. — Angesichts dieser Zahlen kann man es verstehen, daß die Russen nichts von der englischen Vermittlung wissen wollen.

England und Rußland.

London, 21. Juli. Wie die Agentur Reuters erfährt, hätte am Dienstag Abend der Sowjetregierung die Antwort auf die Note überreicht werden sollen. England wünscht Erklärungen über die Note Tschitscherins, die man als sehr verwickelt betrachtet. Sollten die Bolschewisten in Polen eindringen, so würden die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sofort unterbrochen werden. — Da werden sich die Russen wenig daraus machen.

Rußland wünscht ein bolschewistisches Polen.

Prag, 20. Juli. Die Zeitung „Pravoliku“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Bevollmächtigten der russischen Mission des Roten Kreuzes, Giller son. Ich habe die Hoffnung, sagte Giller son, daß mein Streben gute Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und der tschechoslovakischen Republik herstellen wird, nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei der Regierung. Die erste Unterredung mit dem Minister Benesch hat mich darin bestärkt. Auf die Frage nach der Dauer des Krieges mit Polen sagte Giller son, er glaube, daß die Polen genötigt sein werden, um Frieden zu bitten. Die Vermittlung der Entente sei zu spät gekommen und sei überflüssig. Wo war die Entente, als wir mit Polen Frieden schließen wollten und die Vermittlung der Entente anstrebten? Jetzt werde man wohl mit den Polen selbst sprechen müssen, aber nicht mit der jetzigen, sondern mit der künftigen Regierung, welche den Interessen der arbeitenden Klassen in Polen entspreche, die den Krieg nicht gewünscht haben.

Französische Offiziere für Polen.

Berlin, 20. Juli. Nach einer Meldung der „B. Z.“ aus Breslau haben alle französischen Offiziere in Polen den Befehl erhalten, sich der polnischen Militärbehörde zur Verfügung zu stellen.

Deutsche Neutralität im russisch-polnischen Krieg.

Berlin, 20. Juli. Amtlich wird gemeldet: In der morgigen Nummer des Reichsanzeigers wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht: In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetrepublik entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reiche und für die Deutschen im Auslande die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.

Berlin, den 20. Juli 1920.

Der Reichspräsident: Ebert. Dr. Simons.

Zur änderen Lage.

Das Ausbeutungs- und Verteilungsprogramm.

Spa, 20. Juli. Nach einem Havasbericht wurde zwischen Italien, Japan, Belgien und Portugal ein Uebereinkommen unterzeichnet, das sofort unter den Mächten einige Fragen lösen soll, die sich aus der Aenderung des Friedensvertrages von Versailles ergeben.

Artikel 1 bestimmt, daß die Summe, die von Deutschland als Wiedergutmachung auf Grund des Friedensvertrages von Versailles gezahlt wird, wie folgt zu verteilen ist: England 22 Proz., Frankreich 52 Proz., Italien 10 Proz., Japan 0,75 Proz., Belgien 8 Proz., Portugal 0,75 Proz. Die restlichen 6 1/2 Prozent werden für Griechenland, den serbischen den thracischen und den slowenischen Staat, sowie an die Mächte, die Wiedergutmachungsansprüche erheben, aber das gegenwärtige Abkommen nicht mitunterzeichnet haben, verteilt.

Artikel 2 befaßt: Die als Wiedergutmachung von Österreich und Bulgarien gezahlte Gesamtsumme wird zusammen mit der Kontribution zu Ausgaben für die Befreiung der aus dem österreichisch-ungarischen Staate hervorgegangenen Länder wie folgt verteilt: a) zur Hälfte nach dem in Art. 1 vorgegebenen Verhältnis; b) von der anderen Hälfte erhalten Italien 40 Prozent, Griechenland und der serbisch-kroatische Staat 60 Prozent.

Artikel 3 lautet: Die alliierten Regierungen werden untereinander die nötigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Zahlungen treffen; falls nötig werden sie Deutschland durch Anleihen helfen, die dazu bestimmt sind, inneren Verpflichtungen nachzukommen und die es ihm gleichzeitig erlauben, seine Schuldenlast so schnell wie möglich abzuklären, um den Wiederaufbau mit vollen Kräften zu heben.

Artikel 4 enthält einzelne Bestimmungen über die Aufstellung der Abrechnung für jede einzelne Macht seitens der Wiedergutmachungskommission und bestimmte Regeln für Gutschrift und Lastschrift.

Artikel 5 bestimmt die Maßnahmen, die Belgien die Priorität von 2 1/2 Milliarden Franken Gold sichern, auf die es Anspruch hat gemäß den Bestimmungen des Uebereinkommens vom 26. Juni 1919 und setzt diejenigen Kategorien der Zahlungen fest, die für die Priorität bestimmt sind.

en mit der Mä-
würde erhalten
Bedingungen be-
und die Flücht-
ange eine bedin-
der Antwort sei
einigkeit zwischen

def, daß seit dem
Kosten Englands
und zu Lande in
betragen. Davon
31 Millionen
in der Ruffen.
daß die Ruffen
wollen.

iter erfährt, hätte
Antwort auf die
fisch-Entscheidungen
mehr verwickelt be-
in eindringen, so
land sofort unter-
ig daraus machen.

Polen.
"veröffentlich
russischen Miß-
die Hoffnung,
lungen zwischen
en Republik her-
sondern auch bei
em Minister Ben-
nach der Dauer
be, daß die Polen
Die Vermittlung
möglich. Wo war
sehen wollten und
werde man wohl
t mit der jetzigen,
den Interessen der
den Krieg nicht

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Polen.
der "B. Z." aus
Polen den Befehl
zur Verfügung

Artikel 6 umschreibt die Schätzungsmethode für die Schiffe, die entsprechend den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain abgeliefert werden müssen, um Tonne für Tonne und Platz um Platz, die Handels- und Fischereischiffe, die in Folge von kriegerischen Handlungen zerstört oder beschädigt worden sind, zu ersetzen. Er bestimmt außerdem die für die Schiffe zu zahlende Miete. Die Bestimmungen für die Lösung der übrigen Fragen, die durch die Entscheidung des belgischen Präsidiums aufgeworfen wurden, sind getroffen. Belgien wird eine auf die Anteile der übrigen alliierten Mächte erhobene Kompensation erhalten.

Artikel 7 bezieht sich auf die Leichterfahrzeuge, auf Schwimmböden und Hafensmaterial, das auf Grund des Protokolls vom 10. Juni 1920 geliefert wurde.

Als Ausgleich für die verenteten Kriegsschiffe bestimmt Artikel 8, daß die Dispositionen des Protokolls vom 10. Januar 1920 auf den Verkauf der Kriegsschiffe und des Kriegsmaterials anwendbar sind, das auf Grund der neuen Klausel des Versailler Vertrags geliefert wurde, einschließlich des Erlöses aus dem neuen Kriegsmaterial, das durch die Wiedergutmachungskommission verkauft wurde.

Artikel 9 gewährt Italien als Priorität vor allen anderen Mächten das Recht, gewisse Summen zu befragen und auf die Summe, die ihm von Oesterreich und Bulgarien als Wiedergutmachungskosten für die Besatzungsarmee geschuldet wird, zu verrechnen.

Artikel 10 behält die Rechte Polens gemäß den Verträgen von Versailles und St. Germain vor und bestimmt, daß das Uebereinkommen auf Polen keine Anwendung findet.

Artikel 11 wahrt die Rechte der Länder, die Belgien vor dem 11. November 1918 Geld geliehen haben und sieht Bestimmungen für die Rückzahlung dieser Beträge sofort nach Zahlung der Belgien auf Grund des Prioritätsrechts geschuldeten 2 1/2 Milliarden vor.

Artikel 12 wahrt die Rechte der Alliierten auf die Kredite, die sie ehemals feindlichen Mächten gewährt haben.

Artikel 13 bestimmt, daß die Frage der gleichmäßigen Festsetzung der Kosten der Besatzungsarmeen zurückgestellt wird, um mit den Vereinigten Staaten besprochen zu werden.

Englische Nachgieb.

Amsterdam, 20. Juli. Im Unterhaus wurde gestern gefragt, ob die englische Regierung nicht beabsichtigt, die Urteilung von Stinnes zu verlangen, da dieser für die Zerstörung der belgischen Bergwerke verantwortlich sei, erwiderte Bonar Law, es sei nicht beabsichtigt, neue Namen auf die Liste der Kriegsverbrecher zu setzen. Auf jeden Fall gehe die Frage lediglich die belgische Regierung an. Uebrigens sei gegen Stinnes' Reise nach Belgien kein Einspruch erhoben worden. — In Rumänien haben die Engländer alle Erdölgeschäfte vernichtet, und hier wollen sie zu Gericht sitzen. Psui Teufel!!

Die flämische Bewegung in Belgien.

Antwerpen, 20. Juli. (Havas-Neuter.) Der Gemeinderat hat mit 20 gegen 7 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, die sich für die Verflämung (Flamandisation) der Universität Gent ausspricht.

Englischer Schwindel über die französischen Eroberungsabsichten in Syrien.

London, 20. Juli. Im Unterhaus erklärte Bonar Law auf verschiedene Anfragen, Großbritannien sei bereit, die Unabhängigkeit der Araber in den von ihnen geforderten Gebieten zu gewährleisten. Großbritannien zieht sich zurück, soweit dadurch nicht die Interessen seiner Alliierten gefährdet werden. Die Forderungen der Araber seien vor der Friedenskonferenz erörtert worden und Emir Feisal habe seinerzeit einem Mandat Frankreichs über Syrien zugestimmt. Die Unabhängigkeit der Araber sei mit einem solchen Mandat durchaus vereinbar. (Echt englisch.) Die Konferenz von San Remo habe entschieden, daß bestimmte Gebiete des ottomanischen Reiches von den Franzosen besetzt werden sollen. Die Besetzung von Aleppo und anderer Gebiete sei nur vorübergehend. Sobald Ruhe und Ordnung hergestellt und das Mandat anerkannt sei, würden die Truppen zurückgezogen werden. An der Haltung der französischen Regierung in dieser Frage Kritik zu üben, sei eine bedenkliche Sache. — In Erwiderung verschiedener Fragen über die Entwicklung der Lage in Syrien sagte Bonar Law weiter, das französische Ultimatum sei dem Obersten Rat nicht unterbreitet worden. Die englische Regierung habe Emir Feisal bereits eine Zeit lang vergeblich aufgefordert, nach Europa zu kommen, und zusammen mit dem Obersten Rat die unerledigten Fragen zu beraten. Die englische Regierung sei nicht der Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, auf die zur Verfügung stehenden Nachrichten hin zu handeln. Sie halte sich indessen in ständiger Fühlung mit der französischen Regierung.

London, 20. Juli. Der Korrespondent der "Daily Mail" in Kairo glaubt zu wissen, daß Emir Feisal auf das Ultimatum des Generals Gouraud in dem Sinne geantwortet habe, daß das Mandat Frankreichs über Syrien anerkannt werde, unter dem Vorbehalt, daß die Bedingungen des Mandats vom Völkervand aufgestellt werden. Gouraud lehnte dies ab. Feisal soll nicht geneigt sein, die im Ultimatum erwähnten Gebiete durch die Franzosen besetzen zu lassen. — Daß die Uebertragung von "Mandaten" nichts anderes ist als verhüllte Unterwerfung und Beherrschung anderer Völker weiß man natürlich genau.

Deutschland.

Beisetzung des Prinzen Joachim.

Potsdam, 20. Juli. Heute vormittag 11 Uhr fand in der Friedenskirche die Trauerfeier für den Prinzen Joachim von Preußen unter überaus starker Beteiligung statt. Die Kirche war reich geschmückt. Vor dem Altar stand der Sarg, bedeckt mit einer Fülle von Blumen. Der Kaiser und die Kaiserin hatten einen Astenkranz, der Kronprinz und die anderen Prinzen

ebenfalls Kränze am Sarge niederlegen lassen. Sehr stark waren die Mitglieder des früheren Hofstaates und der Generalität vertreten. Potsdam und auswärtige Regimenter hatten Abordnungen geschickt. Kurz vor der eigentlichen Feier erschienen Prinz Eitel Friedrich, Prinz Adalbert, Prinz August Wilhelm, Prinz Sigismund und Prinz Joachim Albrecht mit ihren Gemahlinnen, ferner Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Lubendorff. Die vier Brüder des Verbliebenen hielten am Sarge die Ehrenwache. Nach einleitendem Orgelspiel entwarf Oberhofprediger Vogel ein ergreifendes Lebensbild des Prinzen. Nach Gebet und Segen sang die Kammerfängerin Frau Göbe: Ruhe im Frieden. Nachmittags wurde der Sarg vorläufig in der Waldemar-Kapelle der Friedenskirche beigelegt.

Ein gutes Omen für die Abstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 20. Juli. Das Ahtuhr-Abendblatt berichtet aus Kattowitz: Bei der Wahl des Werkstättenbetriebsrates im Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz wurden 68 117 Stimmen abgegeben. Hier von entfielen auf die Polen 1324 Stimmen, so daß von zehn Betriebsräten zwei auf die Polnische Vereinigung entfallen. Bei der Wahl der Bezirksbetriebsräte entfielen auf die Polen zwei Sitze, während der Deutsche Eisenbahnerverband acht Sitze bekommt.

Die Thüringer Bergarbeiter gegen die Verklawung der deutschen Arbeiter.

Berlin, 21. Juli. Wie verschiedene Blätter aus Halle melden, hat der in Nordhausen tagende Verbandstag der Thüringer Bergleute der Kali-, Kohlen- und Eisenerzgruben zur Konferenz in Spa eine Entschliebung angenommen, in der die Mitarbeit der Bergarbeiter am Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gebiete gutgeheißen, aber gegen die Verklawung der deutschen Arbeiter protestiert wird.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Hessen.

Berlin, 21. Juli. Das "Berl. Tageblatt" meldet aus Mainz, daß die hessische Regierung infolge erneuter Vorstellungen landwirtschaftlicher Kreise die Zwangswirtschaft für die bewirtschafteten mit Ausnahme von Getreide und Milch aufhob.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. Juli 1920.

Ausdehnung der Maul- und Klauenseuche.

Nun ist auch in Calw selbst die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, und sie hat sich so über den ganzen Bezirk verbreitet, daß für die Bestände der Viehhalter in den noch nicht versuchten Orten die größte Gefahr besteht. Es scheint, daß man sich in den gefährdeten Kreisen gar nicht so recht der schweren Bedrohung unseres Viehstandes bewußt ist, denn die Ausdehnung der Seuche ist fraglos in erster Linie auf Vernachlässigung oder Nichtachtung der Sicherungsmaßnahmen zurückzuführen. Glücklicherweise ist die Seuche in unserem Bezirk bis jetzt noch nicht so bösartig wie anderwärts verlaufen. Wir möchten aber nochmals betonen, daß große Vorsicht und daher strengste Beachtung der Beschränkungs- und Behandlungsmaßnahmen Pflicht eines jeden Viehhalters ist.

Die Brotversorgung.

Es ist ein wahres Verhängnis, daß die Brotversorgung, die das ernsthafteste Problem für die Regierungen auch anderer Völker ist, von einer Krisis zur anderen schreitet. Unsere heimischen Ernten, die, ebensowenig wie die der anderen großen Industriestaaten, für die großen Städte ausgereicht haben, sind durch die gewaltsame Loslösung gerade unserer besten Getreideprovinzen kleiner geworden; die uns gebliebenen Felder sind ausgefogen und bedürfen langer Pflege, um wieder das reiche Korn zu tragen, das vor dem Kriege auf ihnen wuchs. So muß unter den größten Opfern Getreide vom Ausland eingeführt werden, dem eine entsprechende Ausfuhr von Industriegeräten, die allein diese Bürde erleichtern kann, nicht gegenübersteht. Trotzdem das Korn bis an die Grenze des Möglichen ausgemahlen wird, haben wir ein Brot, das selbst ein so genügsames Volk wie das unsere nur mit Mühe erträgt.

Aber auch dieses Brot des Leidens und der Not ist uns für das kommende Jahr keineswegs gesichert. Die Zufuhren über See sind allen Gefahren der Seeschifffahrt unterworfen, zu denen häufig noch Arbeitseinstellungen treten. Monatslang haben die Hafenarbeiter in Holland gestreikt und alle Transporte nach Deutschland aufgehalten; daran schloß sich der Streik der deutschen Binnenschiffer. Erschwerend wirkt auch die Einführung des Ahtstundentages, die gerade in der Schifffahrt bitter empfunden wird, weil sachverständiges Personal, gelernter Seefahrer und Binnenschiffer nicht um die zahlreichen Erwerbslosen aus anderer Berufen vermehrt werden können. Der holländische Transportarbeiterstreik ist kaum beendet — der Streik der deutschen Binnenschiffer ist eben erst beigelegt — und schon kommt die Nachricht aus Argentinien, (neben Nordamerika dem für uns wichtigsten Ausfuhrland), daß die Hafenarbeiter kein Getreide mehr nach Europa verladen wollen, weil der dortige Brotpreis enorm gestiegen ist.

Unter diesen Umständen muß die Reichsgetreidestelle, um ihren Bedarf nicht weiter aus laufenden Eingängen decken zu müssen, die in der Unsicherheit ihres Eintreffens die Gefahr einer Hungersnot von einem Tage zum andern beständig entfallen, sich Reservebestände schaffen.

Diese Aufgabe wird erschwert durch die Erfassungsschwierigkeiten, die infolge der Abschneidung Ostpreußens speziell dort bestanden haben, aber auch sonst überall gewachsen sind. Technische Förderung der Erntebringung durch die Zuweisung von Droschke und Arbeitskräften genügt allein nicht, sondern es muß den Landwirten eine besondere Vergütung für die mit dem Frühdrusch verbundenen, unwirtschaftlichen Mehraufwendungen und Wäßen in Form einer Frühdruschprämie gezahlt werden. Alle für die Brotversorgung verantwortlichen Stellen sind sich über die Bedenken klar, die hiergegen erhoben werden können; aber die Erfah-

rungen, die man mit den Ablieferungen in den Vorjahren gemacht hat, lassen keinen anderen Weg offen.

Die Ablieferungen an die Reichsgetreidestelle haben in Tonnen betragen:

| | |
|---------------------|----------|
| 1916 bis 15. August | 26 207 |
| „ bis 15. September | 373 810 |
| „ bis 15. Oktober | 885 951 |
| 1917 bis 15. August | 421 117 |
| „ bis 15. September | 1396 219 |
| „ bis 15. Oktober | 1808 147 |
| 1918 bis 15. August | 415 072 |
| „ bis 15. September | 1566 540 |
| „ bis 15. Oktober | 2232 458 |
| 1919 bis 15. August | 28 271 |
| „ bis 15. September | 239 590 |
| „ bis 15. Oktober | 923 599 |

Zur Erläuterung werde bemerkt, daß 1916 keine Frühdruschprämie gezahlt wurde; für 1919 wurde sie zuerst von der Nationalversammlung abgelehnt, und erst später wurden unter dem Druck schwacher Ablieferungen besondere Lieferungsanschläge vom 1. September ab eingeführt.

Durch die Frühdruschprämie wird die neue Ernte früher, aber auch in größerem Umfange erfaßt. Wenn diese Maßregel Erfolg hat und nur 200 000 bis 300 000 Tonnen mehr in die Speicher der Reichsgetreidestelle kommen, so braucht entsprechend weniger Auslandsgetreide eingeführt zu werden. Das bedeutet bei dem jetzigen Valutastand eine Ersparnis von 1 bis 1 1/2 Milliarden, denen nach Schätzung der Reichsgetreidestelle etwa 400 Millionen \mathcal{M} Kosten für die Prämie gegenüberstehen. Diese Mehraufwendungen sollen wie im Vorjahr vom Reiche getragen werden. Der Brotpreis wird dadurch nicht erhöht.

Fußball-Sport.

„Frankonia“ Pforzheim I: F. A. T. B. Calw I 0:14 (0:11)

„Juventus“ I: F. A. T. B. Calw II 2:2 (1:1)

Vergangenen Sonntag traf sich um 2:30 mittags „Juventus“ I und Calw II. Mit Anstoß von Calw beginnt das Spiel; Calw verliert aber infolge zu schlappen Spiels seines Sturms den Ball. Obwohl F. A. ein überlegenes Spiel im Feld vorführt, kann Calw erst in der 25. Minute in Führung gehen. Kurz vor Halbzeit gleicht „Juventus“ aus. Nach der Pause lassen beide Mannschaften nach. Nur seiner guten Läufer Reihe und Verteidigung verdankt Calw sein überlegenes Spiel. Nach 10 Minuten erzielt Calw das 2. Tor nachdem der Sturm verschiedene sichere Gelegenheiten verpaßt. Kurz vor Schluß gleicht „Juventus“ wieder aus und kann so das Spiel noch retten.

4:15 Uhr erscheinen „Frankonia“ und Calw I lebhaft durch den Beifall des Publikums begrüßt. Die Gäste haben Anstoß und stoßen bis zur Calwer Verteidigung durch, verlieren aber hier den Ball. Nun setzt Calw durch seinen linken Verbindungsspieler — der beste Mann auf dem Platz — mitgerissen, ein rasendes Tempo ein. Die Gäste, dadurch verblüfft, können die Angriffe der Einheimischen nur mit Not abwehren. Nachdem Calw schon in der 4. Minute in Führung ging, folgte Tor auf Tor bis Calw durch Eckball kurz vor der Pause das 11. Tor erzielte. Nach der Pause schränkten die Einheimischen ihr Tempo ein, schon durch die hohe Torzahl des Sieges gewiß, sodann aber durch das rasende Tempo der ersten Halbzeit mitgenommen. Die Gäste setzten alles daran, um wenigstens ein Tor zu erzielen, aber an der Läuferreihe und Verteidigung Calws scheiterten alle Versuche. Calw konnte seiner Torzahl noch 3 hinzureihen und stellte das Ergebnis bis Schluß 14:0. Die „Frankonia“ konnte das auf sie gesetzte Vertrauen nicht erfüllen, während die Einheimischen durchweg angenehm aufstießen.

Lustiger Vortragsabend.

Morgen Abend 8 Uhr wird Dr. Carl Höder im Saale des „Bad. Hofes“ einen lustigen Vortragsabend veranstalten und Rezitationen aus Meisterwerken moderner Humorelle, sowie Parodien, Satiren, Grotesken, Dialektbüchlein, Scherzreden und Witze bringen. Herr Höder erfreut sich als Rezitator bereits eines bewährten Rufes und alle Fachkritiken spenden seiner Vortragskunst ein einstimmiges Lob. So schreiben z. B. die „Frankf. Nachr.“: „Der Höder wußte das Publikum in eine Laune zu versetzen, die keine trüben Gedanken mehr aufstieß und die Alltagsorgen für einige Zeit verschob.“ Jeder Nummer herzlichster Beifall.“ Karten im Vorverkauf sind in der Buchhandlung Häußler erhältlich.

Mitmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Der Hochdruck über Süddeutschland hat sich erheblich verstärkt und läßt für Donnerstag und Freitag heiteres, trockenes und warmes Wetter mit Gewitterneigung erwarten.

(S. B.) Altensteig, 20. Juli. Die Frau des Totengräbers Seeger in Bernau beschenkte ihren Mann mit Drillingsen, zwei Knaben und ein Mädchen.

(S. B.) Leonberg, 20. Juli. Beim Bahnhof Ditzingen ist die Leiche einer Frau von mittleren Jahren mit abgefahretem Kopf auf den Schienen gefunden worden. Ihre Wäschestücke waren B. S. gezeichnet. Die Persönlichkeit ist noch nicht ermittelt.

(S. B.) Oberensingen, 20. Juli. Am Sonntag nachmittag ertranken beim Baden im Neckar vier schulpflichtige Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren. Eines der Mädchen konnte durch einen Seminaristen sofort geborgen werden, aber die Wiederbelebungsvoruche waren ohne Erfolg. Der Leichnam eines anderen Mädchens wurde in Oberboihingen aus dem Neckar gezogen. Die Leichen der anderen Mädchen sind noch nicht gefunden. Die 13 Jahre alte Lina Hof hat der 15 Jahre alte Friederike Fülle, die den vier Mädchen, unter denen sich auch ihre Schwester befand, zu Hilfe kommen wollte, vom Ertrinken gerettet.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Dem Stadtschultheißenamt steht Feintalg das Pfund zu Mark 6.50 zur Verfügung. Haushaltungen, welche von diesem Feintalg wünschen, wollen ihre Bestellung am Freitag, den 23. ds. Mts., vorm. von 8-10 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 einreichen.

Calw.
 Von der letzten Ausgabe sind noch einige **Arbeitsanzüge, Säuglingswäfsche,** die zum Selbstkostenpreis an jedermann abgegeben wird. Die Abgabe erfolgt am Freitag, den 23. ds. Mts., nachm. von 2-5 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8.

Dampfwalzbetrieb.
 Zwei Dampfstraßenwalzen werden am 22. ds. Mts. die Staatsstraße von Calw nach Calmbach befahren und daran anschließend die Etterstraßen in Calmbach bis etwa 29. ds. Mts. bearbeiten.
 Wenn die von den Walzen zu bearbeitende Straßenstrecke vorübergehend abgegrenzt ist, haben Reiter und Fuhrwerke vor den aufgestellten Schranken so lange anzuhalten, bis die Erlaubnis zum Durchgang gegeben wird.
 Calw, den 21. Juli 1920.

Straßen- und Wasserbauamt Calw.
 J. V. Seiger.

Calw.
Fahrnis-Versteigerung.
 In der Nachlasssache des † Medizinalrat Dr. Müller hier, kommt in dessen Wohnung in der Lederstraße am **Montag, den 26. d. Mts.** öffentlich zur Versteigerung:

Von vormittags 9 Uhr an:
 Bücher, Küchengeräth und allerlei Hausrat, worunter 1 Petroleumofen, 1 Windmaschine, 1 Ofenschirm, eine Partie alte Flaschen.

Von nachmittags 2 Uhr an:
 2 eis. Koffenschränke, 1 Viktoria-Chaise, 1 Spazierschlitten, 1 zweiräd. Karren, Schreinwerk, worunter 1 Sofa, 1 Kleiderständer, verschiedene Tische, ältere Kästen, 2 Bettladen, 1 Bett mit eiserner Bettlade, ferner 1 Gaskronleuchter, 2 elektr. Lampen, Faß- und Bandgeschirr, worunter verschiedene Fässer und Züber, 1 Faß mit Most, 1 Flaschenschrank.
 Liebhaber sind eingeladen.
 Den 20. Juli 1920.
 Gerichtsnotar Krauß.

Donnerstag, den 22. Juli 1920
 abends 8 Uhr
 im Saale des „Badischen Hofes“
Lustiger Abend
 Dr. Carl Höcker
 Vorträge aus Meisterwerken deutscher Humoristen
 Karten zu 3.30 Mk. und 2.20 Mk., wie Schülerkarten zu 1.10 Mk. (inkl. städt. Steuer) im Voraus in der Buchhandlung von Häußler und an der Abendkasse.

Halbleinene Handtuchstoffe
 empfiehlt
 Paul Rächle, vorm. J. Stendte, Calw.

Ostelsheim, den 20. Juli 1920.
Trauer-Anzeige.

 Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Vater, Bruder und Schwager
Jakob Sigt
 im Alter von 40 Jahren nach kurzem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
 In tiefer Trauer:
 die Gattin: **Karoline Sigt**, geb. Schweizer, mit Kind Lydia.
 Beerdigung Donnerstag 1/2 2 Uhr.

Steuerfrei!
 bleiben auch nach dem ersten Juni meingetrockneten **Heidelbeeren mit Zuckern** zur Herstellung eines vorzüglich schmeckenden Getränkes. Zur Zubereitung mit Johannisbeeren, Stachel- und Heidelbeeren vorzüglich geeignet.
Glänzende Anerkennungen.
 Pakete zu 100 Liter mit Süßstoff Mk. 48.50, 50 24.50, per Paket ohne Süßstoff kosten die Pakete 6.- weniger.
 Genaue Anweisung liegt den Paketen bei. Ferner solange Vorrat ohne Steuer bei den Niederlagen **Rufs Kunstmofianfang mit Heidelbeerzusatz u. Süßstoff** zu 100 Liter zu 22 Mk. und zu 50 Liter zu 12 Mk. per Flasche.
Robert Ruf, Ettlingen.
 Niederlagen: Friedrich Lamparter, Calw, Emil Körner Hirsau, Fr. Oswald, Liebenthal, Carl Stroble, Althengstett, Gottl. Sattler, Stammheim, G. Walz, Deckenpfronn.
 Wo nicht zu haben erfolgt Versand ab Ettlingen.

Habe einen Transport schöne **Läufer-Schweine** zu verkaufen. Die Tiere haben eine 10 tägige Beobachtung mitgemacht und sind oberamtstierärztlich untersucht.
Gustav Andreatta jr., Hirsau.

4 Stück ans Fressen gewöhnt, 5 Wochen alte

Milchschweine
 hat zu verkaufen
 Reichher „d. Bären“, Ernstmühl.

Reine **Milchschweine**
 jetzt dem Verkauf aus
 Jakob Kopp, Ostelsheim.

Billige Ferkel!
 Infolge direkten Einkaufs und waggonweisen Bezugs kann ich prima feuchtsfreie Oldenburger und Hoyer Ferkel, bekanntlich die Besten zur Mast zu konkurrenzlosen Preisen liefern und offeriere freibl.:
 ea. 8 Wochen alte à Mk. 230.-260.-
 ea. 10-12 Wochen alte à Mk. 270.-300.-
 Verf. unter Garantie für lebende Ankunft gegen Nachnahme. Amtstierärztliche Untersuchung vor Abendung. Bedeutende Frachtersparnis. Streng reelle Bedienung.
J. Mohr jr., Ulm a. D.

Wegen Wegzugs verkaufe ich eine noch gut erhaltene **Futterschneidmaschine**
 Frau Marie Stahl, Bäckerin, W., Ostelsheim.

Eine größere Anzahl **leere Flaschen** hat abzugeben
 Apotheker Wieland in Calw.

Reiner Biersentaffee
 1 Pfund Paket Mk. 4.30 empfiehlt
 Karl Serva.

Bohnen
 hat zu verkaufen
 Christian Stürner.

Landwirte!
 Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spec. Krampf u. Rotlauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die **richtige Hirsch-Universal-Komposition.**
 Niederlage in der **Neuen Apotheke Calw.**

Neue **Fahrpläne**
 das Stück zu 30 Pfennig, sind auf der Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Statt Karten.
 Ihre Verlobung geben bekannt:
Emma Widmaier
Emil Ade
 Calw Althengstett
 Juli 1920. Calw

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
 Im Stalle des Benjamin Kusterer, Farrenhalter hier, ist **Maul- und Rianenflechte** ausgebrochen.
 Calw, 21. Juli 1920.
 Stadtschultheißenamt: **Göhner.**
 Schwarzwaldberein



Wanderung.
 Sonntag, 25. Juli: Zug 7⁰⁰ vorm. nach Lalmühle-Tröleshof-Ebhäusen (Waldhorn)-Berneck-Teinachal. Marschzeit ca. 8 Stunden. Vesper mitnehmen.
 Führung: Otto Georgii.
 Junger, gebildeter Mann wünscht eine in modernen Tänzgen perfekte

Partnerin
 kennen zu lernen.
 Um gest. Zuschriften unter C. 167 an die Geschäftsstelle des Blattes wird gebeten.

Gasherb
 mit 4 Flammen und Backofen sowie ein **Sig- u. Liegewagen** m. Gummiriff, zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.
 Ein arbeitsfähiges, williges, kräftiges **Mädchen** findet in Haus und Landwirtschaft sofort dauernde, gut bezahlte Stelle bei freier Station.
 Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Kinderbettstelle
 zu kaufen gesucht.
 Salzgasse 60 part.
Gluckhenn
 mit Jungen zu kaufen gesucht.
 Friedr. Furthmüller, Schuhgeschäft, Stammheim.

Alte Gebisse
 Zahnstifte, Brennstifte, alte Schmucksachen werden zu höchsten Preisen angekauft. Komme selbst nach dort.
 Gest. Adressenangabe, oder schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Wilhelm Kusterer
Anna Kusterer
 geb. Kalmer
 Vermählte
 Neßelsberg 17. Juli 1920.
 Gütlingen

Fässer! Fässer!
 Neue und gebrauchte in jeder Größe für Most und Wein, in großer Auswahl, von 70-3000 Liter, sowie auch **Einschlag- und Transportfässer** verkauft
 Adolf Siebenrath, Küfer.

Günstiges Angebot!
Herren-Anzüge in tadelloser Verarbeitung.
Burschen- u. Knabenanzüge
Kinderanzüge, schöne Stoffhosen, gute Arbeitshosen ebenso **Stückware** in Zeug und englisch Leder,
Sommerjoppen. Billigste Preise, entsprechend der heutigen Marktlage.
Friedr. Wegel, Calw, Badstr. Kleidergeschäft.

Achtung!
Ziehharmonikas
 kosten von heute ab nur noch den halben Preis in der Harmonika- und Balgfabrik in Pforzheim bei **Gebr. Hohnloser.**
 Dasselbst sind noch verschiedene gebrauchte Instrumente billig zu verkaufen; wie Trompeten, Saitarren, Mandolinen, Geigen u. Grammophone.
 Bergstr. 27.

Für Brautleute!
Eichene Schlafzimmereinrichtung mit Marmor u. Spiegel, fast neu, Bettrüsten u. Wollmatrassen (Friedensware), billigst zu verkaufen — wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Gute Sommerjoppen
 empfiehlt
 Paul Rächle, vorm. J. Stendte, Calw.